bnr.de
blick nach rechts

20. August 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 17/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Bühne für Voigt-Gegner **2**

Die Saar-NPD wird von der Parteispitze kritisch beäugt – bei der Landtagswahl im Saarland muss sie wohl mit kräftigen Stimmeneinbußen rechnen.

Mit Rassismus in den Landtag **3**

In Thüringen führt die NPD einen menschenverachtenden Wahlkampf.

Serie der Gewalt **4**

Rechtsextremisten scheinen in Wahlkampfzeiten die handfeste Auseinandersetzung zu bevorzugen – unliebsame Parteien und Personen werden tätlich attackiert.

In alter Tradition **5**

Mögliches Verbot für „Frontbann 24".

„Nationale Sozialisten" **5**

Die Jungen Nationaldemokraten haben eine Broschüre zum „Antikapitalismus" wiederaufgelegt.

REZENSION 6

Der parlamentarische Arm **6**

Strategien von NPD & Co. – eine Gesamtdarstellung aus journalistischer Sicht.

GRAUZONE 7

Polit-Kasper **7**

Die Deutschen Konservativen um den Hamburger Joachim Siegerist haben eine Hetzkampagne gegen den SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier gestartet.

AUSLAND 8

Klare Feindbilder **8**

Angehörige der Roma werden in Osteuropa zunehmend Opfer von neonazistischen Gewaltattacken..

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 9

Der Vernichtungskrieg **9**

Mit dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September vor 70 Jahren eskalierten auch die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes.

MELDUNGEN 11

Bühne für Voigt-Gegner

Die Saar-NPD wird von der Parteispitze kritisch beäugt – bei der Landtagswahl im Saarland muss sie wohl mit kräftigen Stimmeneinbußen rechnen.

Ob es ein gezielter Affront war oder ob das Unterbewusstsein dem NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt einen Streich spielte, als er seinen allmonatlichen Kommentar für die aktuelle Ausgabe des Parteiblatts „Deutsche Stimme" (DS) schrieb? „Am 30. August in Sachsen, Thüringen und Nordrhein-Westfalen NPD wählen!", endet sein Text unter der Überschrift „Die echte Rechte". Dass an jenem 30. August auch die Saarländer an die Wahlurnen gehen – schlicht und einfach vergessen hatte Voigt das jedenfalls nicht, als er seinen Beitrag für die DS in die Tastatur tippte. Immerhin findet sich ein paar Zeilen weiter oben zwischen sehr optimistischen Prognosen für die NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen und der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen ein kurzer, liebloser Hinweis auf die Saar-Wahl: „Auch im Saarland kämpfen unsere Kameraden mit ganzer Kraft."

Eine Personalie erklärt möglicherweise, warum Voigt es unterließ, zur Wahl der NPD auch im Saarland aufzurufen. Spitzenkandidat ist dort der vormalige stellvertretende Bundesvorsitzende Peter Marx, den Voigt auf dem Parteitag im April nicht nur vor den versammelten Delegierten, sondern auch vor den zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor die Tür beförderten Medienvertretern ungebremst abgekanzelt hatte. Marx habe intrigantenhaft an seinem Stuhl gesägt, schürte der Parteichef den Zorn der Delegierten. Auch der als Marx-Zögling geltende saarländische Landesvorsitzende Frank Franz (30) aus Völklingen ist parteiintern nicht unumstritten und dürfte nicht zu den Voigt-Lieblingen zählen. Dass er seine Video-Podcasts bei einem sehr DVU-nahen Internetportal erstveröffentlicht, wird ihm unter anderem vorgehalten. Und skeptisch beäugt wird die Saar-NPD vom Mehrheitsflügel rund um Voigt, weil die Spitze des Landesverbands regelmäßig erkennen lässt, wer für sie zu den „politikfähigen" NPDlern zählt: vorzugsweise Voigt-Gegner. So sprach Holger Apfel beim letzten Landesparteitag Ende April, und beim Sommerfest, mit dem die Saar-NPD am 1. August ihren Wahlkampf einläutete, bereitete sie dem Gastredner Udo Pastörs die Bühne. Angeblich waren 350 Mitglieder und Anhänger zu dem Fest gekommen. Ohnehin steht die NPD an der Saar im Vergleich zu anderen West-Landesverbänden gut da. 180 Mitglieder (30 mehr als 2007) registrierten die Verfassungsschützer im vorigen Jahr. Ihre Mitgliederdichte ist dort viermal höher als zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen und immer noch mehr als doppelt so hoch wie im Nachbarland Rheinland-Pfalz.

4,0 Prozent der Stimmen holte die NPD bei der Landtagswahl vor fünf Jahren. Das kam – in einem westlichen Bundesland – beinahe noch überraschender als der wenige Wochen darauf folgende Einzug der NPD in den sächsischen Landtag. Auf ein solch gutes Ergebnis darf die NPD diesmal nicht ernsthaft hoffen, vor allem da heute – anders als 2004, als Agenda 2010 und Hartz IV der NPD das Wählerpublikum zutrieben – ein mobilisierendes Thema fehlt. Auch die Umfragen verheißen der NPD nichts Gutes: 2004 wiesen sie für die „Sonstigen" unmittelbar vor der Wahl zwischen sieben und zehn Prozent aus; diesmal sind es nur drei bis vier Prozent. Auch die Ergebnisse der Kommunalwahl vom 7. Juni deuten an, dass die NPD mit kräftigen Einbußen wird rechnen müssen. In der Landeshauptstadt Saarbrücken war sie 2004 auf 4,2 Prozent gekommen; in diesem Jahr blieben davon nur noch 1,9 Prozent. Und in ihrer Hochburg Völklingen schrumpfte ihr Anteil gar von 9,6 auf 4,6 Prozent.

Gegenzuhalten versucht die NPD mit Parolen, die mit einer „Erneuerung" wenig zu tun haben. „Heimflug statt Asylbetrug", „Heimreise statt Einreise" oder „Unser Land in deutscher Hand!" plakatiert sie landauf und landab. Auch das aus früheren Wahlkämpfen bekannte „Gute Heimreise"-Plakat, das hier und da schon Staatsanwaltschaften auf den Plan rief, wird eingesetzt. Beim rechten Fußvolk ist es offenbar so beliebt, dass der Landesverband es gegen eine Spende von 10 Euro zum Kauf anbietet. Marx versucht mit einem persönlichen Plakat „Arbeit statt Hartz IV" an den Erfolg von 2004 anzuknüpfen, während der jugendlich wirkende Franz („Jugend wählt deutsch") sich insbesondere an die Jung- und Erstwähler wendet. Immerhin: Bei der Landtagswahl 2004 hatte jeder zehnte Erstwähler sein Kreuz bei der NPD gemacht.

Tomas Sager

Mit Rassismus in den Landtag

In Thüringen führt die NPD einen menschenverachtenden Wahlkampf.

Als Patrick Wieschke, Landespressesprecher und Geschäftsführer der Thüringer NPD, in einem Interview Anfang dieses Jahres davon sprach, der CDU ihre Wähler streitig machen zu wollen, klang das zunächst wie die übliche Folklore der vermeintlichen „Volkspartei". Doch tatsächlich sah es vor den Kommunalwahlen so aus, als ob die NPD das „Modell Sachsen" importierte und auf einen gemäßigten Kuschelkurs setzte. Die Devise: Möglichst nicht negativ auffallen. Nun scheint sich die Strategie der NPD-Führung unter Wieschke nach den Erfolgen bei der Kommunalwahl im Juni geändert zu haben.

Bisher bestand die Basis der NPD immer aus einschlägig bekannten Neonazis, die meisten mit einem langen Vorstrafenregister und guten Kontakten oder gar Führungsrollen in der lokalen Kameradschaftsszene. In diesem Jahr finden sich unter den 16 Direktkandidaten, die sich für ihren Wahlkampf ein Budget von 160 000 Euro aufteilen konnten, eine Vielzahl unbekannter Gesichter, die jahrelang im Verborgenen agieren konnten. Exemplarisch hierfür steht das Ehepaar Schneider aus der ostthüringischen Kleinstadt Greiz. Seit Jahren sind die Schneiders zentrale Hintergrundfiguren der örtlichen Kameradschaftsszene. Auch ihr Sohn, der sich im Umfeld der „Teichwolframsdorfer Nazi Truppe", kurz „T.N.T." bewegen soll, ist in der Region kein Unbekannter, über ihn halten die Schneiders Kontakt zu jugendlichen Neonazis.

Vor allem in den ländlichen Regionen wurden Neonazis in den vergangenen Wochen gegen demokratische Parteien und Kandidaten aktiv. Massenweise wurden Plakate der anderen Parteien abgehangen oder zerstört. Vor allem in Südthüringen können die Neonazis ungehindert agieren, provozieren und stören. Dort werden Wahlkampfhelfer bedroht, Briefkästen von Parteibüros mit schwarzer Farbe beschmiert und am Ort des Geschehens Aufkleber der NPD hinterlassen.

Unterdessen touren die Kandidaten der Landes-NPD seit 20. Juli fast täglich durch das Land. Mit einem alten mit NPD-Logos beklebtem Wohnmobil (NPD-Sprech: „Flaggschiff") ziehen der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Frank Schwerdt sowie zuweilen auch Bundeschef Udo Voigt durch die Thüringer Provinz. Das Programm ist immer dasselbe: Am Vormittag werden vor Arbeitsämtern Flyer verteilt, am Mittag steht die Beschallung von Werkstoren und Betriebsgeländen verschiedener Firmen an, während am Nachmittag Marktplätze heimgesucht werden. Laut Schwerdt bekommen die NPDler während Gesprächen mit Arbeitslosen, Polizisten und anderen Menschen aus der Bevölkerung immer wieder positives Feedback.

Ihr wahres Gesicht offenbarte die NPD, als sie Mitte August ihren offenen rassistischen Angriff auf den Integrationsbeauftragten der CDU Zeca Schall startete und den als „Quotenneger" verunglimpften Schall zur „Heimreise nach Angola" aufforderte. Nur wenige Tage später tourten die beiden bekannten Thüringer NPD-Kandidaten Thorsten Heise und Frank Schwerdt mit einem „NPD-Quotenneger" durch Nordwestthüringen. Auf Bildern sieht man einen schwarz geschminkten NPDler mit Lockenhaarperücke und einer Staude Bananen in der Hand, um den Hals ein Schild mit der Aufschrift: „Heimreise statt Einreise. NPD". Während die Aktion in Leinefelde noch ohne das Einschreiten der Behörden stattfinden konnte, verhaftete die Polizei Heiligenstadt den österreichischen Rechtsextremisten und NPD-Bundesvorständler Andreas Thierry, der sich hinter dem rassistischen „Kostüm" verbarg. Der 38-Jährige erhielt einen Platzverweis für die Stadt und eine Anzeige wegen Volksverhetzung. So offen menschenverachtend wurde in der NPD lange kein Wahlkampf geführt. Nicht nur wegen der Kampagne gegen Schall laufen in Thüringen derzeit Ermittlungen. Auch gegen den frisch gewählten Greizer Kommunalpolitiker Peter Nürnberger ermitteln die Behörden wegen Volksverhetzung: Der Landtagskandidat soll auf einer Wahlkampfveranstaltung in Greiz rassistische Parolen durchs Mikrofon gebrüllt haben.

Der Schwerpunkt des NPD-Wahlkampfs wird in der letzten Phase vor die Türen von Schulen und Jugendclubs verlagert. Dort sollen dann die neue Schulhof-CD „BRD vs. Deutschland" und das neue Comic der „Jungen Nationaldemokraten „Enten gegen Hühner" verteilt werden. Im Thüringer Jugendradio „Top40" wurden Spots gebucht, die kurz vor der Wahl ausgestrahlt werden sollen.

Maik Baumgärtner

Serie der Gewalt

Rechtsextremisten scheinen in Wahlkampfzeiten die handfeste Auseinandersetzung zu bevorzugen – unliebsame Parteien und Personen werden tätlich attackiert.

In den letzten Wochen hat es mehrfach Übergriffe von Rechtsextremisten gegen politische Gegner gegeben. Die meisten Vorfälle ereigneten sich in Thüringen und Sachsen, betroffen waren überwiegend SPD und Linke. Der „blick nach rechts dokumentiert nachstehend mehrere dieser zum Teil handgreiflichen Attacken von Rechtsextremisten.

In Burgstädt in Sachsen wurde in der Nacht zum 29. Juli eine Schaufensterscheibe im Büro der Linken eingeschlagen. Das Büro war damit seit Februar 2008 bereits zum zehnten Mal Ziel eines Anschlags. („Freie Presse" vom 30. Juli 2009) Auf das Torgauer Bürgerbüro des langjährigen sächsischen Landtagsfraktionschef und jetzigen Bundestagswahl-Direktkandidaten der Linken, Peter Porsch, wurde in der Nacht zum 30. Juli ein Anschlag verübt, die Fenster des Büros wurden mit Steinen eingeworfen. (ddp vom 30. Juli 2009) Am frühen Morgen des 2. August schlugen mutmaßliche Rechtsextremisten die Schaufensterscheibe des Parteibüros der Linken in Wittstock ein. Auf den Resten der Scheibe sowie an mehreren benachbarten Häusern und Laternen brachten die Täter rechtsextreme Aufkleber an. Die Schaufensterscheibe war bereits Februar 2008 eingeworfen worden. („Oranienburger Generalanzeiger" vom 4. August 2009)

SPD-Veranstaltung massiv gestört

Bei einer Auseinandersetzung zwischen Wahlhelfern im sächsischen Döbeln schlug ein unbekannter Schläger einem FDP-Mann am Abend des 9. August ins Gesicht. Bei dem Täter handelt es sich vermutlich um einen NPD-Helfer. („Leipziger Volkszeitung" online vom 10. August 2009) Der thüringische DGB-Landesvorsitzende Steffen Lemme wurde am 10. August von drei NPD-Wahlhelfern angegriffen. Er wollte sich in Sömmerda an dem NPD-Stand Werbematerialien mitnehmen. („Südthüringer Zeitung" vom 10. August 2009) In Bad Saarow in Brandenburg störte die NPD am 13. August eine Veranstaltung des SPD-Ortsvereins Bad Saarow mit dem brandenburgischen SPD-Generalsekretär Klaus Ness massiv. Zehn Rechtsextremisten marschierten auf, unter ihnen der NPD-Landesvorsitzende Klaus Beier. Der SPD-Politiker Ness wurde mehrfach als „Irrer" beschimpft. („Märkische Oderzeitung" vom 14. August 2009)

In Hildburghausen in Thüringen beleidigten und attackierten Neonazis am 13. August zwei Mitarbeiter von Bodo Ramelow, dem thüringischen Spitzenkandidaten der Linken. Einer der Neonazis warf dabei eine Bierflasche, die einen der beiden Wahlhelfer nur knapp verfehlte. Zudem kündigten die Neonazis an, die Wahlkampf-Fahrzeuge der Linken zu zerstören. Ramelow hatte sich im Rahmen einer Wahlkampftour in Hildburghausen befunden. (ddp vom 13. August 2009) Wie Mitte August bekannt geworden ist, wird der sächsische SPD-Landtagskandidat Henning Homann aus Döbeln von Neonazis bedroht. Der 29-jährige SPD-Politiker, der sich in verschiedenen Netzwerken gegen Rechts engagiert, ist demnach auf offener Straße verbal und tätlich gezielt attackiert worden. Homann vermutet hinter den Übergriffen die Neonazi-Kameradschaft „Division Döbeln". (dpa / „Bild" vom 14. August 2009)

Frau am NPD-Stand getreten und geschlagen

NPD-Aktivisten attackierten am 15. August in Hamburg an ihrem Wahlkampfstand einen Rentner. Der Mann soll zuvor gesagt haben: „Was macht ihr bloß hier? Ich habe den Krieg und das alles erlebt. Habt ihr denn nichts aus der Geschichte gelernt?" Ebenfalls am NPD-Stand wurde eine 43-jährige Frau geschlagen und getreten, die dort NPD-Werbematerial lesen wollte. Das Opfer erlitt eine Gehirnerschütterung und Prellungen. Der vorbestrafte Schläger Detlev B., einst Kader der Neonazi-Truppe „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei", wurde vorläufig festgenommen. („Hamburger Morgenpost" vom 16. August und vom 17. August 2009) In Castrop-Rauxel in Nordrhein-Westfalen wurden mehrere SPD-Wahlhelfer am frühen Morgen des 15. August von drei Rechtsextremisten im Alter von 25 bis 27 Jahren beim Aufbau ihres Infostandes beschimpft und bedroht. Zwei der Randalierer sind polizeibekannt. („Westdeutsche Allgemeine" Zeitung vom 17. August 2009).

Anton Maegerle

In alter Tradition

Mögliches Verbot für „Frontbann 24".

Am 13. August wurden elf Wohnungen von Aktivisten der Anfang 2009 gegründeten Berliner Kameradschaft „Frontbann 24" durchsucht. Dabei wurden Kleidungsstücke, Anstecker mit Hakenkreuzen, Schlagringe und Betäubungsmittel beschlagnahmt. Gegen 12 Personen werde nach Angaben der Berliner Polizei wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ermittelt. Sie hätten bei Auftritten auf rechten Aufmärschen, unter anderem am 14. Februar 2009 in Dresden, gegen das Uniformverbot verstoßen. Mit einer Demonstration gegen eine antirassistische Aktion in Oranienburg und einer Kundgebung gegen „Kinderschänder" vor dem Berliner Kammergericht ist der Frontbann in den letzten Monaten auch eigenständig in Erscheinung getreten. An den Aktionen nahmen etwa 35 Personen teil. In vier Berliner Bezirken soll es nach Angaben des Berliner Verfassungsschutzes Ortsgruppen geben. Der Altersdurchschnitt der 40 bis 60 Mitglieder ist mit über 30 Jahren für eine Kameradschaft hoch. Das könnte an der Entstehungsgeschichte der Gruppe liegen. Sie dient als Sammelbecken für Berliner NPD-Oppositionelle um die Ex-Kreisverbandsvorsitzende von Marzahn-Hellersdorf Gesine Hennrich und Hans Joachim Henry aus Tempelhof-Schöneberg, die nach heftigen Auseinandersetzungen mit dem Berliner NPD-Chef Jörg Hähnel die Partei verlassen haben.

Mit der Namensgebung sollte Traditionsbewusstsein gezeigt werden. Im August 1924, nach dem gescheiterten Hitlerputsch, wurde von Ernst Röhm der „Frontbann" als Ersatz- und Dachverband für die SA und andere paramilitärische Gruppierungen gegründet. Der enge historische Bezug könnte dem Frontbann jetzt ein schnelles Ende bescheren. Nach Angaben des „Tagesspiegel" wird über ein Verbot nachgedacht. Die Gruppe knüpfe bewusst an NS-Vorbilder an, so der Vorwurf der Behörden. Auch die Gründer des historischen „Frontbanns" wurden am 17. September 1924 in München verhaftet. Sämtliche Materialien wurden beschlagnahmt. Man befürchtete, dass der Frontbann die Bestrebung verfolgte, „die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches und der Länder zu untergraben".

Peter Nowak

„Nationale Sozialisten"

Die Jungen Nationaldemokraten haben eine Broschüre zum „Antikapitalismus" wiederaufgelegt.

Die Jugendorganisation der NPD veröffentlichte jetzt eine zweite Auflage ihres 2006 erschienenen Heftes „Antikapitalismus … von Rechts". Offizieller Herausgeber ist die AG „Zukunft statt Globalisierung – Sachsen", verantwortlich zeichnet der JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer. Mit der aktualisierten Auflage wird die Hoffnung verbunden, „die Diskussion über Kapitalismus und Nationalen Sozialismus erneut anheizen zu können".

Neben der Schulung der eigenen Klientel soll mit dem Machwerk probiert werden, antikapitalistische Linke und „nationalliberale Kreise" anzusprechen und von der Richtigkeit des „Nationalen Sozialismus" zu überzeugen. „Nationaler Sozialismus" bedeutet hier „Volksgemeinschaft", die frei ist vom Spaltpilz „Klassenkampfgedanken" aber auch von liberaler Demokratie, wie Sebastian Richter im Einleitungstext erklärt. „Blutsmischung und Land sind die Fundamente unseres Sozialismus", führt er dazu weiter aus. Sepp Hagen doziert über das Verhältnis von „Nationalem Sozialismus" zum Eigentum. Das Eigentum, inklusive dem Recht, dieses zu vererben, soll dem Menschen gelassen werden. Es muss sich nur „der eigenen Tüchtigkeit und Leistung verdanken". Zum „Kapitalismus" wird der Unterschied gezogen, dass im „Nationalen Sozialismus" eine „Versittlichung des Eigentumsbegriffes" herrsche. Kapitalismus wird dabei als Geldherrschaft beziehungsweise Zinswirtschaft gefasst. So dürfe in den angestrebten „Auswegen für das 21. Jahrhundert" Geld nur ein Tauschmittel sein und keine Ware, die verkauft und spekulativ an der Börse eingesetzt wird.

Vom Alt-Nazi Herbert Schweiger werden ebenfalls Auszüge abgedruckt. Auch Schweiger sieht die ökonomische Ausbeutung nicht auf der Ebene der Produktion durch Eigentum an Produktionsmitteln angesiedelt, sondern auf der „Zirkulationsebene". Kapitalismus ist für ihn „Geldkapitalismus". Anders als seine jüngeren Kameraden gibt er aber – in antisemitischer Diktion – den angeblich dahinter Stehenden einen Namen: Es sei die „Familie und Sippe Rothschild".

Fabian Kunow

Der parlamentarische Arm

Strategien von NPD & Co. – eine Gesamtdarstellung aus journalistischer Sicht.

Worin bestehen die Elemente der rechtsextremen Ideologie? Welche rechtsextremen Strategien lassen sich ausmachen? Und: Welche Gegenstrategien bieten sich zur Bekämpfung des Rechtsextremismus an? Diesen drei Fragen will Patrick Gensing in seinem Buch „Angriff von rechts. Die Strategien der Neonazis – und was man dagegen tun kann“ nachgehen. Der Autor arbeitet als Journalist unter anderem für „tagesschau.de“ und „Panorama“ und betreibt das Internet-Projekt „NPD-blog.info“, worin sich insbesondere aktuelle Informationen zu dieser rechtsextremen Partei finden. Die NPD steht auch im Mittelpunkt des Buchs, das mit „Strategien der Neonazis“ einen irreführenden Untertitel trägt, widmet der Autor sich dieser Szene doch nur im Kontext der Beschäftigung mit dem Agieren der Partei. Inhaltlich handelt es sich bei dem Buch um eine Art Gesamtdarstellung aus journalistischer Sicht, worin in den einzelnen Kapiteln die wichtigsten Informationen zusammengetragen und durch Zitate aus Interviews mit wissenschaftlichen Experten ergänzt werden.

Das Buch gliedert sich in 14 Abschnitte, die in drei große Teile aufgegliedert wurden. Zunächst geht es unter der Überschrift „Theorie: Rechtsextreme Ideologie“ um die Einschätzung der NPD-Programmatik, die Geschichte der Partei seit ihrer Gründung bis in die Gegenwart, die Mischung aus Alter und Neuer Rechter als Erfolgsrezept und das Verständnis von Rechtsextremismus als soziale Bewegung. Der zweite Teil „Praxis: Rechtsextreme Strategien“ widmet sich dem Agieren in der ostdeutschen Provinz, der Ost-West-Verteilung der Rechtsextremisten, dem Bestehen einer rechtsextremen Parallelwelt, dem Wirken von NPD-Abgeordneten in den Parlamenten, dem Agieren mit der „Wortergreifungsstrategie“ und der internationalen Zusammenarbeit. Und schließlich geht es in der Überschrift „Theorie und Praxis: Gegenstrategien“ um inner-rechtsextreme Konflikte, die Schwierigkeiten etablierter Politik mit den Rechtsextremisten, die Frage eines NPD-Verbots und das Problem mit den V-Leuten in der Partei.

Bilanzierend meint Patrick Gensing: „Die NPD ist eine ‘Kampftruppe’, eine ‘Waffe’, wie es Neonazis selbst formulieren. Sie wird durch den Kampf gegen die gemeinsamen Feinde zusammengehalten. Die NPD verfolgt nicht das Ziel, die Interessen bestimmter Gruppen zu artikulieren oder Probleme in der Gesellschaft sinnvoll und konstruktiv zu lösen; sie will Probleme verschärfen, Freiheiten missbrauchen, um diese abzuschaffen. Sie dient der rechtsextremen Bewegung zur Geldbeschaffung und ist der parlamentarische Arm“ (S. 266). Man müsse aber auch feststellen: „‘Die’ NPD existiert nicht. Sie ist zwar eine kleine Partei, aber in gewisser Hinsicht sehr heterogen. Es toben interne Machtkämpfe zwischen jungen und alten Kadern, zwischen Wessis und Ossis, NS-Nostalgikern und ambitionierten Funktionären. Zwischen diesen Flügeln gibt es wiederum zahlreiche Schnittmengen, das Ganze wird angereichert mit persönlichen Animositäten und Feindschaften“ (S. 265). Gleichwohl sei die Partei mitunter ein regionaler Machtfaktor in der ostdeutschen Provinz geworden.

Der Autor hat in seinem Buch die wichtigsten Informationen zur NPD zusammengetragen, wodurch es den Charakter einer Einführung und Überblicksdarstellung bekommt. Zu bestimmten Aspekten fehlen allerdings Ausführungen, etwa zur Mitgliederstruktur oder Wählerbasis. Den Kennern der Materie bietet Gensing insgesamt leider nur wenig Neues. Weitgehend bewegt er sich auf der beschreibenden Ebene, an differenzierten Analysen und Deutungen mangelt es ein wenig. Einigen wirklich gelungenen Kapiteln stehen etwas weniger gelungene Kapitel gegenüber: So findet sich bereits im ersten Abschnitt eine lesenswerte Analyse von einschlägigen Stellungnahmen der NPD aus programmatischen Papieren. Demgegenüber beschränkt sich das Kapitel zur rechtsextremen Parallelwelt auf Frauenorganisationen, ohne hier die Breite dieses Aspektes in dem genannten politischen Lager klarer zu erfassen. Noch mehr „schwächelt“ das Kapitel zu den Gegenstrategien, wozu sich entgegen des Versprechens aus dem Untertitel kaum etwas außer allgemeinen Betrachtungen findet.

Patrick Gensing, Angriff von rechts. Die Strategien der Neonazis – und was man dagegen tun kann, München 2009 (Deutscher Taschenbuch-Verlag), 281 Seiten, 12,90 Euro.

Armin Pfahl-Traughber

Polit-Kasper

Die Deutschen Konservativen um den Hamburger Joachim Siegerist haben eine Hetzkampagne gegen den SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier gestartet.

„Lassen Sie sich nicht einlullen von dem angeblich so ‘soliden’ und ‘biederen’ SPD-Kandidaten Steinmeier“, hetzt Ex-CDU-Mitglied Joachim Siegerist (Jg. 1947) auf der Homepage seines Vereins Die Deutschen Konservativen (DDK). Der Sozialdemokrat, so der „rechte Journalist“ (Siegerist über Siegerist), sei „ein Nichtskönner“. SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier ist derzeit das Feindobjekt der in Hamburg beheimateten Politsekte Die Deutschen Konservativen. In einer ganzseitigen Anzeige des Siegerist-Vereins in der rechtslastigen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ wird der SPD-Politiker Steinmeier als „Fallensteller, Eis-Bürokrat und roter ‘Schreibtisch-Täter’“ diffamiert. Zu seiner „Demaskierung“ vertreiben die „Konservativen“, die sich als „Gegengewicht zum linken Zeitgeist und seinen politischen Wegbereitern“ verstehen, eine Broschüre mit dem Titel „Steinmeier – kein Kandidat für Deutschland“.

Autor dieses Machwerks ist Peter Helmes, Ex-Hauptgeschäftsführer der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT). Helmes musste 1996 von seinem Amt zurücktreten, da er gegen das Verbot seiner Partei einen Spendensammler für die MIT engagiert hatte. Der „selbständige Politikberater“bekannte 2003 in einem Interview mit dem Parteiblatt „Der Republikaner“: „Ich bin stolz, rechts zu sein“. Ein Vorwort hat dem Anti-Steinmeier-Pamphlet der ehemalige CDU-Skandalpolitiker Heinrich Lummer beigesteuert. Der Ex-Autor der „Jungen Freiheit“ (JF) fungiert als Ehrenpräsident der „Konservativen“. Ihm zur Seite steht Casimir Prinz Wittgenstein. Wittgenstein ist im Zusammenhang mit einer CDU-Spende unrühmlich bekannt geworden. Der vormalige CDU-Europaabgeordnete und einstige hessische CDU-Schatzmeister Wittgenstein hatte vor Jahren die Lüge ausgestreut, widerrechtlich im Ausland geparkte CDU-Partei-Millionen seien Vermächtnisse emigrierter Juden.

Geschäftsführer der „Konservativen“, auf deren Kongressen auch schon der NPD-Liedermacher Frank Rennicke auftreten konnte, ist der Ex-Springer-Journalist Siegerist, „ein Tausendsassa im Milieu rechts der CDU“ (JF). Der „Polit-Scharlartan“ („National-Zeitung“) Siegerist, der einstmals lettischer Präsident werden wollte und sich Mitte der 80er Jahre für die Freiheit des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß per Zeitungsanzeige einsetzte, wurde 1994 vom Amtsgericht Hamburg wegen Aufstachelung zu Rassenhass und Volksverhetzung zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, 1997 wurde aus der Freiheits- eine Bewährungsstrafe. Ende 2003 sorgte der Siegerist-Verein für Schlagzeilen. In ganzseitigen Zeitungsanzeigen riefen die „Konservativen“ Christen zum Beten für den damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Marin Hohmann aufgerufen. Pikant dabei: Die Christen sollten den verstorbenen Fuldaer Erzbischof Johannes Dyba in Gebeten anrufen und ihn um Mut und Kraft für Hohmann bitten.

In Bremen grandios gescheitert

Bundesweite Beachtung fand die Siegerist-Truppe zuletzt im Frühjahr 2007. Der lokale Bremer Ableger der „Konservativen“, das rechtspopulistische Bündnis „Bremen muss leben“, scheiterte grandios bei der dortigen Bürgerschaftswahl. Lediglich 1,63 Prozent erzielte der Siegerist-Ableger. Gerechnet hatten die „Konservativen“ großmaulig mit bis zu 25 Prozent der Stimmen. Unterstützer von Bremen muss leben waren unter anderem die JF-Autoren Roland Gläser und Bernd-Thomas Ramb, vormals stellvertretender Bundesvorsitzender des Bund Freier Bürger (BFB). Bremen sollte „der Anfang“ sein – „danach folgen die anderen Bundesländer“, lautete die Zielvorgabe von Bremen muss leben. Die rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation&Europa“ kommentierte das Abschneiden von Bremen muss leben mit deutlichen Worten: „Spender und Unterstützer der Siegerist-Liste fühlen sich nun gefoppt. Einige Kritiker sprechen gar von einem geheimdienstlich inspirierten Versuch, das patriotische Spektrum zu spalten“. Keinen Widerhall in den Medien fand das Grußwort, das Siegerist auf dem Europa-Kongress der Republikaner im Herbst 2007 überbrachte. Siegerist sicherte den Republikanern die Unterstützung seiner Organisation bei der Europawahl zu und applaudierte der gescheiterten Polit-Mannschaft um Rolf Schlierer: „Die Republikaner haben die Führungsrolle“.

Anton Maegerle

Klare Feindbilder

Angehörige der Roma werden in Osteuropa zunehmend Opfer von neonazistischen Gewaltattacken.

Die beschauliche Gemeinde Šarišské Michal(any im Osten der Slowakischen Republik bot am zweiten Wochenende im August einen Schauplatz der Gewalt. Neonazis aus der Slowakei, Tschechien und Ungarn lieferten sich eine Straßenschlacht mit Einsatzkräften der Polizei. Hintergrund bildete eine nicht angemeldete Kundgebung der slowakischen Neonazi-Gruppierung „Slovenská pospolitost“ (Slowakische Zusammengehörigkeit), welche sich gegen die Roma in dem osteuropäischen Land richtete. Nachdem die Polizei einzelne Personen festnahm, eskalierte die Situation.

Osteuropa erlebt seit Monaten einen spürbaren Anstieg der Gewalt gegen Angehörige der Roma-Minderheit. Erst vor wenigen Tagen wurde eine Roma im ungarischen Kisléta hingerichtet. Die 45-jährige alleinerziehende Mutter wurde im Schlaf mit einem Jagdgewehr erschossen, eine ebenfalls anwesende 13-jährige Tochter durch Schüsse schwer verletzt. Die ungarischen Behörden schließen einen rassistischen Hintergrund nicht aus. Wiederholt kam es in der Vergangenheit zu gewalttätigen Attacken und Angriffen auf Roma. In den letzten zwei Jahren wurden in Ungarn mindestens acht Menschen ermordet, Dutzende verletzt – immer wieder kommt es zu Brandanschlägen auf Wohnhäuser und Unterkünfte. Im vergangenen Februar wurden zuletzt ein 27-jähriger Mann und sein fünfjähriger Sohn im ungarischen Tatarszentgyörgy von Unbekannten erschossen. Politiker in Ungarn warnen vor „bürgerkriegs-ähnlichen Zuständen“, denen sich die Roma-Minderheit gegenüber sieht.

Auch in der Tschechischen Republik sorgen Gewalttaten gegen Roma immer wieder für Negativschlagzeilen. Im Dezember 2008 versuchten rund 1000 tschechische und slowakische Neonazis, eine vorwiegend von Roma bewohnte Siedlung in der Stadt Litvinov zu stürmen. Nachdem Polizeikräfte die Zufahrtsstraßen zu der Siedlung mit einem Räumpanzer blockierten, setzten die gewaltbereiten Angreifer ein Polizeifahrzeug in Brand und lieferten sich anschließend mit den Sicherheitskräften stundenlange Straßenschlachten. Die zunehmenden Attacken in Osteuropa werden begleitet von einer immer aggressiver werdenden Rhetorik der Neonazi-Szene und rechtsradikaler Politiker. Konsequent werden dabei Angehörige der Roma-Minderheit als Feindbilder aufgebaut, die es zu bekämpfen gilt. Das dahinter liegende Konzept ist einfach: In der Bevölkerung sollen Ängste geschürt und Unterstützer für die eigenen politischen Ziele gewonnen werden.

Ein Vorgehen, auf das auch die slowakische Neonazi-Szene zurückgreift. Die Partei „Slovenská pospolitost“ war zwar im Jahr 2006 verboten worden. Die Gruppierung hatte aber zuvor als Bürgervereinigung agiert, welche ebenfalls verboten wurde. Der Oberste Gerichtshof der Slowakei hob dann das Verbot der „Bürgervereinigung“ im November 2008 wegen verfahrenstechnischer Mängel wieder auf. Die Anhänger der Bürgervereinigung intensivieren seit Monaten ihre Kontakte ins angrenzende europäische Umland. So veranstaltete die Gruppierung im Zeitraum vom 24. bis 26. Juli ein „Internationales Sommercamp“. Neben Mitgliedern der tschechischen „De(lnická strana“ (DS) reisten Neonazis der rumänischen „Noua Dreapta“ und der polnischen „Falanga“ zu dem Treffen. Auf dem Programm stand neben dem „Austausch von Erfahrungen“ auch militärisches Schießtraining.

An der kürzlich im slowakischen Šarišské Michal(any durchgeführten Veranstaltung nahmen nach Behördenangaben rund 300 Neonazis und deren Sympathisanten teil. Vor Ort waren abermals Mitglieder der tschechischen „De(lnická strana“ (Arbeiterpartei) sowie ungarische Anhänger der Neonazi-Szene. Ursprünglich planten die Neonazis, eine unangemeldete Kundgebung im Ortskern der kleinen Gemeinde durchzuführen. Nachdem dies durch die Polizei untersagt wurde, versammelte man sich auf dem nahe gelegenen Gelände des örtlichen Fußballvereins. Marian Kotleba, Anführer der „Slovenská pospolitost“ erklärte, dass sie so lange blieben, bis sie eine Erklärung bekämen, was die Regierung gegen den „Terror von Seiten der Roma“ zu unternehmen beabsichtige. Als Spezialkräfte der Polizei kurze Zeit später sechs Personen, darunter den Rädelsführer Kotleba festnahmen, eskalierte die Situation. Demonstranten warfen Steine auf Polizisten und lieferten sich anschließend eine Straßenschlacht mit den Beamten.

Andre Aden

Der Vernichtungskrieg

Mit dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Polen am 1. September vor 70 Jahren eskalierten auch die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes.

In diesem Herbst dürfte nahezu weltweit an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren erinnert werden – am 1. September 1939. Den medialen Anfang machte am 12. August der TV-Sender „Arte“ mit dem vorzüglichen Dokumentarfilm „Sommer ‘39“. Er stellte Polen, Deutsche, Franzosen und Engländer und deren Erinnerungen an den Spätsommer jenes Jahres nebeneinander – eine lohnende und weitgehend neue Art des Rückblicks auf jene Zeit.

In Polen fürchteten viele den bevorstehenden deutschen Angriff. Schließlich hatte es bereits kurz zuvor etliche Zwischenfälle an der Grenze gegeben. Der Beauftragte der polnischen Regierung, Wladyslaw Bartoszewski, erinnerte jüngst in einem langen Gespräch mit der Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung „Polen und wir“ an hierzulande kaum bekannte polnische Opfer. „…nur wenige Deutsche wissen, dass bereits im September und Oktober deutsches Militär und deutsche Polizei über zehntausend polnische Katholiken, darunter viele Ordensleute, Priester und Bischöfe ermordet haben, z. T. in Dachau, z. T. in Buchenwald und in Ravensbrück. Und nur wenige wissen, dass bereits in diesen ersten Kriegsmonaten 120 Bewohner von Gdynia und Umgebung binnen 15 Minuten aus ihren Arbeitsstätten und Häusern verjagt wurden und nur ein Stück Gepäck mitnehmen konnten…“

„Blitzsiege“ bescherten begeisterte Zustimmung

Die deutsche Erinnerung bezog sich vor allem auf das heiße Wetter, während Ostseeurlauber die „Schleswig-Holstein“ auf der Ostsee gen Osten nicht vergessen hatten. All das interessierte allerdings kaum jemand und verbreitete weder Angst noch Schrecken. Man lebte schließlich seit dem Beginn des „Dritten Reiches“ in Sicherheit und Wohlstand. Was sollte da schon passieren?! Gewiss – es gab keine Demokratie mehr, aber die hatte zwischen 1919 und 1933 beispielsweise fast nichts gegen die Massenarbeitslosigkeit erreicht, während die neue Regierung seit 1933 nahezu für Vollbeschäftigung gesorgt hatte. Dass diese mit der Aufrüstung erreicht worden war, spielte in diesem Zusammenhang keine Rolle. Deutschland war wieder ein starker Staat, der selbstverständlich eine schlagkräftige Armee brauchte. Es schien also für die meisten alles in bester Ordnung zu sein – ausgenommen die Juden, die Sinti und Roma, Sozialdemokraten und Kommunisten, Schwerkranke und Behinderte.

Mit dem 1. September und den folgenden Siegen schien in Erfüllung zu gehen, was der Bevölkerung versprochen worden war. Knapp drei Wochen später kapitulierte die nach London geflüchtete polnische Regierung. Nach dem Angriff auf Frankreich im Mai 1940 konnte Hitler sechs Wochen später in Paris die Siegesparade abnehmen. Es folgte die Aktion „Weserübung“ mit dem Ziel, skandinavische Länder zu besetzen, um eine Basis für den Angriff auf die britische Insel zu schaffen. Alles schien wie geplant zu laufen, einschließlich der Militärbündnisse mit südosteuropäischen Staaten. Der Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion vom August 1939 sollte dem „Reich“ den Rücken frei halten. Die „Blitzsiege“ bescherten der Regierung in Berlin und den deutschen Truppen begeisterte Zustimmung.

Analphabetische Arbeitskräfte für das „Reich“

Mit dem Sieg über Frankreich in Juni 1940 war Hitler auf dem Höhepunkt seiner Macht. Er konnte die „Neuordnung Europas“ umsetzen, war Herrscher über den „alten Kontinent“, schien keine Rückschläge mehr fürchten zu müssen. Dabei hatte Hitler sein Hauptziel, die Unterwerfung der UdSSR, nie aus den Augen verloren. Der Befehl, das „Unternehmen Barbarossa“, wie der Überfall auf die Sowjetunion genannt wurde, vorzubereiten, erging bereits im Herbst 1939 und begann im Juni 1941. Dann folgte ein Sieg nach dem anderen. Geographen hatten Mühe, dem Vormarsch gen Osten auf ihren Landkarten zu folgen. Der erste Winter in den Weiten der Sowjetunion machte all dem ein Ende. Die deutschen Truppen blieben in Eis und Schnee stecken. Die Gewissheit, durch einen weiteren „Blitzsieg“ den „Endsieg“ zu erringen, war verflogen.

Im Westen schien sich die Lage nach dem Ende der Schlachten zu beruhigen, im Osten hingegen folgte den Kämpfen der Vernichtungskrieg gegen Juden, Slawen, Sinti und Rom, gegen die polnischen Intellektuellen wie Universitätsprofessoren, Lehrer und Geistliche. Polen

sollte dem „Reich“ analphabetische Arbeitskräfte liefern – sonst nichts. Universitäten wurden geschlossen, Schüler sollten nur noch das Nötigste fürs tägliche Leben lernen, im Rechnen lediglich das „Kleine Einmaleins“. Reichsführer-SS Heinrich Himmler hatte im Mai 1940 zum Unterricht polnischer Kinder grundsätzlich erklärt: „Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein: einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, dass es ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich.“

Im Geheimen begann seinerzeit bereits der Mord auch an eigenen Landsleuten. Kurz nach dem Beginn des NS-Regimes war die Diskussion um die „eugenische Indikation“ neu entflammt. Sollte chronisch Kranken und Babys mit angeborenen Körperschäden der „Gnadentod“ gewährt werden? Das war die Frage, die bereits während des NSDAP-Parteitages 1935 in kleinem Kreis erörtert wurde? Hitler hat damals seinem Vertrauten, dem Reichsärzteführer Gerhard Wagner, versichert, die „Euthanasiefrage“ werde dann erörtert, „wenn alle Welt auf den Gang der Kampfhandlungen schaut“ und „der Wert des Menschenlebens ohnehin minder schwer wiegt“. Mit anderen Worten: die Ermordung Kranker war längst im Gespräch.

Hunderttausend Männer, Frauen und Kinder wurden Opfer der „Aktion T 4“

Als die Wehrmacht Polen überfiel, folgten ihr SD- und SS-Einheiten und ermordeten systematisch Juden und Angehörige der Intelligenz. Sie räumten ohne Rücksicht auf die Patienten Altersheime und jüdische Krankenhäuser und ermordeten die Opfer. Im Reich wurde neben der „Euthanasie“ damit begonnen, Altenpflegestätten zu räumen. Begründung: man brauche vermutlich bald neue Lazarette für verwundete Soldaten. Der Mord konnte nicht geheim gehalten werden. Die grau gestrichenen ehemaligen Postbusse, die Kranke in Tötungsanstalten brachten, fielen auf und erregten Aufsehen. Gerüchte machten die Runde, die Menschen würden getötet. Doch nur in wenigen Fällen folgten Proteste. Die Morde wurden zwar offiziell eingestellt, tatsächlich gingen sie aber bis Kriegsende weiter. Noch vor dem Überfall auf Polen bestimmte ein Geheimerlass vom 18. August 1939, missgebildete Neugeborene den Behörden zu melden. Im Oktober 1939 begann dann der Krankenmord durch die „Gemeinnützige Krankentransport-GmbH“. Alles im Schatten des Krieges. Die Zahl der Opfer mit dem Tarnnamen „Aktion T 4“ ist noch nicht genau ermittelt, betrifft aber gewiss fast hunderttausend Männer, Frauen und Kinder. Hinter dem Code „T 4“ steckte der Ort, an dem das Verbrechen beschlossen worden war: die Berliner Anschrift „Tiergartenstrasse 4“.

Absicherung der Mordstätten gegen Augenzeugen

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 begann der „Rasse- und Vernichtungskrieg“ ohne jede Behinderung. An der Front wurde zwar offen darüber gestritten, ob Soldaten bei Massenmorden mittun dürften oder nicht. Das änderte aber nichts daran, dass vor allem SS und SD, aber eben auch Soldaten bei den Massenmorden mitmachten. Oft wurden Wehrmachtseinheiten herangezogen, um die Mordstätten gegen Augenzeugen abzusichern. Die Generalität und das Oberkommando der Wehrmacht unterstützten die Morde – und sicherten den Tätern Straffreiheit zu – auch für die Ermordung sowjetischer Kommissare. Das war ein Grund dafür, dass der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), Wilhelm Keitel und der Chef des Wehrmachtsführungsstabes im OKW, Alfred Jodl vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg 1946 zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind.

Es geht also mit dem Überfall auf Polen vor 70 Jahren keineswegs nur um den „Verlauf“ des Zweiten Weltkrieges, es geht mindestens gleichrangig um die Verbrechen, die während dieses Krieges begangen worden sind. Er eskalierte nämlich nicht wie ein Selbstläufer vom „Polen-Feldzug“ zum „Zweiten Weltkrieg“, der in dieser Formulierung längst zu einem festen Begriff in der Forschung geworden ist. Deshalb ist es nicht angemessen, „2. Weltkrieg“ zu formulieren als seien weitere zu erwarten. Ob andere Regierungen auch auf einen Krieg zugesteuert wären, ist ziemlich ungewiss. England und Frankreich gewiss nicht. Und die UdSSR war viel zu schwach, um das mächtige „Dritte Reich“ anzugreifen..

Heiner Lichtenstein

„Den Einfluss verstärken"

Nürnberg – Der NPD-Kreisverband Nürnberg ruft seine Mitglieder und Anhänger auf, sich für die Tätigkeit als ehrenamtliche Verwaltungsrichter zu bewerben. Auf diese Weise wolle man im Justizwesen mitwirken und den „Einfluss der nationalen Kräfte verstärken", erklärte Ralf Ollert, Nürnberger Stadtrat des NPD-Ablegers Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) und bayerischer NPD-Landesvorsitzender. Konkreter Anlass des NPD-Aufrufs ist der Umstand, dass die Stadt Nürnberg für das Verwaltungsgericht Ansbach für die am 1. April 2010 beginnende fünfjährige Amtsperiode Personen als ehrenamtliche Verwaltungsrichter sucht. Erst vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass in Sachsen Nationaldemokraten in „Institutionen der so genannten Dritten Gewalt schon Fuß gefaßt haben" und „still ihr ehrenamtliches Richteramt im Namen des deutschen Volkes" verrichten, wie der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel mitteilte: die NPD-Stadtrats- und Kreistagskandidatin Ines Schreiber als Schöffin beim Amtsgericht Riesa und der Vorsitzende des NPD-Landesschiedsgerichts Harald Zander als ehrenamtlicher Richter beim Sozialgericht Dresden. Von der Schöffenliste gestrichen wurde der Oschatzer NPD-Stadtratskandidat Uwe Bautze, der im vergangenen Jahr zum Jugendschöffen beim dortigen Amtsgericht gewählt worden war. Ihn lehnte das Amtsgericht Oschatz aus „gesundheitlichen Gründen" ab. (am)

Im Fokus der Justiz

Düren – Wegen Volksverhetzung und Sachbeschädigung hat das Amtsgericht Düren den Neonazi Denis U. zu einer Geldstrafe verurteilt. Der 23-Jährige wird bei der Kommunalwahl Ende August für die NPD als Kandidat für den Kreistag Düren und den Dürener Stadtrat antreten. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Student im August 2007 mit anderen Neonazis den früheren Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß glorifiziert hatte. Die Tätergruppe soll in Düren Heß-Plakate an Telefonzellen und Wänden verklebt haben. Zudem wurden Wände mit Parolen besprüht, in denen Heß ein „Märtyrer für Deutschland" genannt wurde. Das Verfahren stand in Verbindung mit einem weiteren Prozess gegen Neonazis wegen des Vorwurfs der Sachbeschädigung und Verherrlichung des Naziregimes. Schon im Mai waren daher fünf Neonazis für zahlreiche Aktionen in Düren rund um den Todestag von Heß verurteilt oder verwarnt worden. Zu den Verurteilten gehörte auch René Laube, „Kameradschaftsführer" der „Kameradschaft Aachener Land" (KAL) und zweiter stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Düren. Gegen jenes Urteil haben drei Neonazis – darunter Laube, der eine Geldstrafe von 2000 Euro zahlen müsste – Rechtsmittel eingelegt. Denis U. wurde nun wegen „mittäterschaftlicher Volksverhetzung" und Sachbeschädigung zu einer Geldstrafe von 600 Euro verurteilt. Gegen den NPD-Kandidaten, ebenso KAL-Mitglied, laufen derzeit laut Staatsanwalt noch eine „ganze Menge Verfahren", etwa wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch. Wegen eines Körperverletzungsdeliktes gegenüber einer jungen Frau war U., der im Jahre 2008 zeitweise als Beisitzer dem Vorstand des NPD-Kreisverbandes Düren angehörte, zudem erst Anfang des Jahres zu einer achtmonatigen Haftstrafe, ausgesetzt zur Bewährung verurteilt worden. (mik)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de